

Protokollauszug vom 6. Juni 2007

1773. 2006/541

Weisung 72 vom 29.11.2006:

Übertragung der Zuständigkeit zur Erteilung des Bürgerrechts an den Stadtrat, Änderung der Gemeindeordnung

Eintretensdebatte:

Der Besonderen Kommission von 17 Mitgliedern gehören an:

Astrid Hirzel (CVP), Referentin Mehrheit; Mauro Tuena (SVP), Referent Minderheit; Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Bruno Amacker (SVP), Fakir Atalay (SP), Michael Baumer (FDP), Judith Bucher (SP), Ernst Danner (EVP) i. V. von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP), Salvatore Di Concilio (SP), Christoph Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Rolf Naef (SP), Kathrin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Matthias Probst (Grüne), Daniela Schicker (AL), Urs Schmid (FDP), Ursula Uttinger (FDP), Alexander Weber (SVP)

Namens des *Stadtrates* nimmt der Stadtpräsident Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Rückweisungsantrag:

Susi Gut (PFZ) beantragt Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat.

Der Rat lehnt den Antrag mit offensichtlichem Mehr ab.

Detailberatung:

A.

Zuhanden der Gemeinde:

Es werden keine Anträge gestellt.

B.

Zur Beschlussfassung in eigener Befugnis:

2 / 3

Ziff. 1 und 2:

Es werden keine Anträge gestellt.

Ziff. 3 (neu)

Eine Mehrheit der Besonderen Kommission beantragt folgende Ergänzung:

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates prüft im Rahmen ihrer allgemeinen Überprüfung der Geschäftsführung des Stadtrates die Ordnungsmässigkeit der Erteilung des Gemeindebürgerrechts durch den Stadtrat an Gesuchstellende ohne Rechtsanspruch und setzt dafür eine Subkommission mit mindestens fünf Personen ein.

Eine Minderheit beantragt Ablehnung.

Mehrheit:	Astrid Hirzel (CVP), Referentin; Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Judith Bucher (SP), Salvatore Di Concilio (SP), Christoph Hug (Grüne), Rolf Naef (SP), Kathrin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Matthias Probst (Grüne), Daniela Schicker (AL)
Minderheit:	Mauro Tuena (SVP), Referent; Michael Baumer (FDP), Urs Schmid (FDP), Ursula Uttinger (FDP), Alexander Weber (SVP)
Enthaltung:	Ernst Danner (EVP) i. V. von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)
Abwesend:	Fakir Atalay (SP), Bruno Amacker (SVP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Kommissionsmehrheit mit 73 gegen 40 Stimmen zu.

Abstimmung über die Vorlage als Ganzes:

Der Rat stimmt der Vorlage mit 73 gegen 43 Stimmen zu.

Redaktionslesung:

Dieser Erlass ist durch die Redaktionskommission zu überprüfen (Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Damit ist beschlossen:

I.

Folgender Erlass wird der Redaktionskommission zur Überprüfung zugewiesen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 wird wie folgt geändert:

Art. 6 Abs. 2 sowie **Art. 24, 40** und **42** werden aufgehoben.

3 / 3

Art. 52 Die Erteilung des Bürgerrechts an Schweizerbürgerinnen und -bürger sowie an Ausländerinnen und Ausländer ist Sache des Stadtrates.

2. Der Stadtrat setzt diese Gemeindeordnungsänderung in Kraft.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Befugnis:

1. Es wird festgestellt, dass der Volksinitiative GR Nr. 2005/445 „Mehr Fairness bei der Einbürgerung“ vom 6. Juli 2005 als Bestandteil des unter lit. A hiavor gefassten Gemeindebeschlusses zugestimmt wird.
2. Die Motion GR Nr. 2002/473 von Christoph Hug (Grüne) und Balthasar Glättli (Grüne) vom 6. November 2002 betreffend Bürgerrecht, Aufnahme von im Ausland geborenen Bewerberinnen und Bewerbern, wird als erledigt abgeschrieben.
3. Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates prüft im Rahmen ihrer allgemeinen Überprüfung der Geschäftsführung des Stadtrates die Ordnungsmässigkeit der Erteilung des Gemeindebürgerrechts durch den Stadtrat an Gesuchstellende ohne Rechtsanspruch und setzt dafür eine Subkommission mit mindestens fünf Personen ein.

II.

Die Schlussabstimmung über diesen Erlass findet nach der Redaktionslesung statt.

Mitteilung an den Stadtrat und an die AL der Stadt Zürich, Postfach 1005, 8026 Zürich.